

# GROßMACHTANSPRUCH UND ARABISCHE POLITIK

**ROLAND HÖHNE** || Trotz des realen Machtverlustes seit 1940 beansprucht Frankreich weiterhin, Großmacht zu sein. Um diesen Anspruch durchzusetzen, entwickelte Charles de Gaulle 1967 die „arabische Politik“. Deren Ziel war es, als eigenständige Macht in der arabischen Welt präsent zu sein und an den wichtigen Entscheidungen der Region mitzuwirken. Sie war vor allem gegen die USA gerichtet. Seine Nachfolger haben die Grundlinien dieser Politik fortgesetzt, sie jedoch stets den sich verändernden internationalen Konstellationen angepasst. Seit der Präsidentschaft von Sarkozy verfolgen sie diese nicht mehr gegen, sondern mit den USA. So ist es Frankreich gelungen, bis heute einen erheblichen Einfluss in der arabischen Welt auszuüben.

## GROßMACHTDISKURS UND GROßMACHTPOLITIK

„La France ne peut pas être la France sans la grandeur.“<sup>1</sup> Dieser berühmte Satz de Gaulles bezeichnet die nationale Größe als konstitutives Element der französischen Identität. Unter Größe verstand der General neben Prestige und Ruhm vor allem Macht und Einfluss in der Welt. Frankreich müsse weltweit gehört und geschätzt werden. Seine Worte und seine Taten müssten bei internationalen Entscheidungen Gewicht haben. Deshalb müsse es auch weltweit präsent sein: politisch, sprachlich-kulturell, territorial, militärisch. De Gaulle begründete seinen Großmachtsanspruch mit der ruhmreichen Geschichte Frankreichs, die diesem eine besondere Rolle in der Welt zuweise.<sup>2</sup> Dieser Anspruch ist von seinen Nachfolgern reduziert, aber keineswegs aufgegeben worden. So erklärte der gegenwärtige Staatspräsident François Hollande nach dem erfolgreichen Abschluss der Mali-intervention im Mai 2013, Frankreich gelte auf der internationalen Bühne nun wieder als „große Nation von Gewicht“.<sup>3</sup> Als fester Bestandteil des nationalen Selbstverständnisses beeinflusst der Großmachtdiskurs das außenpolitische Denken und Handeln der französischen Akteure und ist damit ein integraler Bestandteil der

französischen Außenpolitik. Er hat sowohl eine innen- als auch außenpolitische Funktion. Innenpolitisch dient er der nationalen Kohäsion und damit Stabilität, außenpolitisch der Kompensation des realen Machtverlustes seit 1940 und der Legitimation des Anspruchs auf weltweite Mitsprache.<sup>4</sup>

## DIE GEBURT DER ARABISCHEN POLITIK

Im Rahmen seiner nationalen Unabhängigkeits- und Großmachtpolitik strebte de Gaulle nach dem Ende des Algerienkrieges (1962) eine eigenständige Rolle in der arabischen Welt an. Er wolle dadurch einerseits den Verlust der Kolonialherrschaft über Nordafrika kompensieren, andererseits seine Unabhängigkeit von den USA demonstrieren. Außerdem ging es ihm um handfeste wirtschaftliche Interessen. Das wichtigste Problem jener Zeit war der Nahost-Konflikt zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn. In diesem nahm Frankreich zunächst eine pro-israelische Haltung ein. Es belieferte Israel mit schweren Waffen (Panzer, Flugzeuge), unterstützte es diplomatisch und kooperierte mit ihm während der britisch-französischen Suez-intervention 1956. Den gemeinsamen Gegner bildete der arabische Nationalismus mit seinem Zentrum Ägypten unter Abdel Nasser.

De Gaulle setzte nach seiner Rückkehr an die Macht im Mai 1958 zunächst die pro-israelische Politik der IV. Republik fort. Nach dem Ende des Algerienkrieges 1962 begann er jedoch langsam, einen grundlegenden Kurswechsel vorzubereiten. Am Vorabend des Sechs-Tage-Krieges von 1967 warnte er Israel vor einem Waffengang. Als dieses dann auf die ägyptische Blockade des Golfes von Kaaba doch mit einer Offensive antwortete, verhängte er am 2. Juni 1967 ein Waffenembargo und verurteilte das israelische Vorgehen.<sup>5</sup> Trotz heftiger innerfranzösischer und internationaler Proteste hielt er an seinem pro-arabischen Kurs fest. Die „arabische Politik“ war geboren. Sie beruhte offiziell auf den Prinzipien der Selbstbestimmung, der Souveränität, der Nichteinmischung in innere Angelegenheiten, der Partnerschaft und der Kooperation, ihren Kern aber bildete die Interessenkonvergenz gegenüber den USA. Frankreich wollte als Partner der arabischen Länder wieder zu einem eigenständigen Machtfaktor im Nahen Osten aufsteigen, die arabischen Staaten der Region hofften, sich mit französischer Hilfe aus der einseitigen Abhängigkeit von den USA zu befreien, ohne dabei, wie Ägypten unter Nasser, in sowjetische Abhängigkeit zu geraten.

Die wirtschaftliche Basis der arabischen Politik bestand vor allem im Geschäft: Rüstungsgüter gegen Erdöl. Dieses Tauschgeschäft entsprach der gegenseitigen Interessenlage. Frankreich unterhielt im Interesse seiner Unabhängigkeits- und Großmachtspolitik eine überdimensionierte nationale Rüstungsindustrie, die sich nur durch massive Rüstungsexporte finanzieren ließ, die arabischen Staaten, vor allem Libyen, der Irak, Saudi-Arabien und die Golfemirate, verfügten über reiche Erdölvorkommen, die ihnen den Import von modernen Rüstungsgütern erlaubten.

De Gaulles arabische Politik verschaffte Frankreich erhebliche Popularität in der arabischen Welt, schloss es jedoch von den Bemühungen um eine Lösung des Nahost-Konflikts aus. Trotzdem hielten seine Nachfolger an ihr fest. Mitterrand versuchte jedoch, den Nahost-Konflikt zu beeinflussen, indem er sich an der UN-Libanonmission 1982/83 beteiligte. Frankreich wurde so in die innerlibanesischen Wirren hineingezogen, ohne diese groß beeinflussen zu

können. Lediglich im Irak spielte es eine eigenständige Rolle.

Ihren Höhepunkt erreichte die internationale Kooperationspolitik 1990/91 mit der Beteiligung am ersten Golfkrieg an der Seite der Amerikaner. Frankreich hoffte dadurch, ein Mitspracherecht bei der Regelung des Irakproblems zu gewinnen. Dies gelang ihm aber nicht, da sein militärischer Beitrag zur Niederwerfung der Diktatur Saddam Husseins zu gering war.<sup>6</sup> Es verlor jedoch erheblich an Prestige unter den arabischen Massen, besonders in Nordafrika. Dort entwickelten sich in Algerien die Auseinandersetzungen zwischen religiösen und säkularen Kräften zu einem erbarmungslosen Bürgerkrieg. In diesem unterstützte Paris das säkulare FLN-Regime u. a. durch das Vorgehen gegen islamistische Aktivitäten unter den nordafrikanischen Einwanderern in Frankreich, griff aber nicht direkt ein.

#### **STRATEGIEWANDEL NACH DEM ENDE DES OST-WEST-KONFLIKTS**

Nach dem Ende des Ost-West-Konflikts wandte sich Frankreich noch unter Mitterrand stärker dem Süden zu. Es suchte hier einen Ausgleich für die Verschiebung des innereuropäischen Kräfteverhältnisses durch die Wiedervereinigung Deutschlands, gleichzeitig aber auch Schutz vor den neuen Gefahren (Islamismus, Terrorismus, Wanderungsbewegungen), die sich aus der Instabilität und Entwicklungsschwäche der südlichen und östlichen Mittelmeerlande ergaben. Angesichts der Größe der Aufgaben bemühte es sich, dafür europäische Ressourcen zu mobilisieren. Dies gelang auch auf der europäisch-mediterranen Konferenz von Barcelona 1995, an denen sich außer den damaligen EU-Mitgliedern auch elf Länder des südlichen und östlichen Mittelmeerraums sowie Vertreter der palästinensischen Autonomiegebiete beteiligten. Ihr Ergebnis war der sogenannte Barcelonaprozess, der die arabischen Anrainer des Mittelmeeres in die europäische Stabilisierungs- und Entwicklungspolitik einbinden sollte. Trotz großartiger Projekte und erheblicher Mittel ist dies jedoch nicht gelungen.

Zur obersten Priorität der französischen Außenpolitik wurden die Nord-Süd-Beziehungen aber erst unter dem Neo-Gaullisten Jacques

Chirac (1995-2007). Er wollte vor allem die Chancen nutzen, die sich für Frankreich aus dem Trend zur Multipolarität des internationalen Systems ergaben. Um dazu in der Lage zu sein, baute er die französischen Interventionskapazitäten durch eine Streitkräftereform aus.<sup>7</sup>

In Zukunft sollten die Streitkräfte in der Lage sein, gleichzeitig an zwei Konfliktherden präsent zu sein. Um eine bessere Kooperation mit den USA bei internationalen Konflikten zu ermöglichen, plante Chirac auch 1996 die Rückkehr in die integrierten Kommandostrukturen der Atlantischen Allianz. Als Preis verlangte er allerdings die Übertragung des NATO-Südeuropakommandos an einen Franzosen, um so auch innerhalb der Allianz die französische Position im Mittelmeerraum zu stärken. Dieses wird traditionell von einem US-Admiral wahrgenommen, der auch gleichzeitig Befehlshaber der 6. US-Flotte im Mittelmeer ist. Die Erfüllung der französischen Forderung hätte bedeutet, dass diese Personalunion aufgelöst und die 6. US-Flotte einem französischen NATO-Offizier unterstellt worden wäre. Die Amerikaner lehnten daher Chiracs Forderung ab.

Chirac forderte auch eine Beteiligung der EU an den Bemühungen um eine Regelung des Nahostkonflikts. Im Rahmen ihrer Mittelmeerpolitik finanzierte diese 80 % der internationalen Aufbauprogramme in den palästinensischen Autonomiegebieten. Chirac hoffte, dabei eine führende Rolle zu spielen. Er machte sich zum Sprecher palästinensischer Interessen und kritisierte die israelische Siedlungspolitik. Dadurch gewann er Sympathien bei den Arabern, nicht jedoch die Unterstützung der pro-amerikanisch eingestellten EU-Mitglieder. Diese waren mehrheitlich vor allem nicht bereit, sich militärisch im Nahen Osten zu engagieren. Daher scheiterte sein Vorstoß.

Nach der israelischen Intervention im Libanon 2006 verstärkte er jedoch das dortige französische Blau-Helm-Kontingent. Dieses hatte im Rahmen der UN-Friedensmission die Aufgabe, gemeinsam mit der libanesischen Armee nach dem Abzug der israelischen Truppen die libanesischen Souveränität im Süden des Landes wiederherzustellen und das Einsickern von bewaffneten Milizen zu verhindern. Im Mittleren

Osten suchte er im Gegensatz zu Mitterrand nicht primär die Zusammenarbeit mit den Golfemiraten, sondern mit Saudi-Arabien. Dieses strebte nach dem 1. Golfkrieg eine Diversifikation seiner Rüstungsimporte an, um nicht völlig von den USA abhängig zu sein. Frankreich mit seiner hochentwickelten Rüstungsindustrie bot sich ihm als Partner an.

Im Irakkonflikt verfolgte er einen neogaulistischen Kurs. Er beteiligte Frankreich nicht an der anglo-amerikanischen Kontrolle der Flugverbotszonen, die über dem Irak nach dem 1. Golfkrieg eingerichtet worden waren, und kritisierte das UN-Embargo gegen das Land. Im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen drohte er mit einem Veto, falls die USA versuchen sollten, eine internationale Legitimation für eine Irakintervention zu erlangen. Als die Amerikaner dann auch ohne UN-Mandat mit „willigen“ Verbündeten intervenierten, entschied er sich nach anfänglichem Zögern gegen eine Teilnahme. Er wurde dabei sowohl von Berlin als auch von Moskau unterstützt, aber von vielen arabischen und europäischen Regierungen, besonders im Osten der EU, heftig kritisiert. In den Vereinigten Staaten löste seine Haltung starke Empörung aus. Innerhalb des Westens war damit Frankreich weitgehend isoliert, bei den arabischen Massen aber erneut populär.

## **DIE PRO-AMERIKANISCHE WENDE UNTER NICOLAS SARKOZY**

Chiracs Nachfolger, Nicolas Sarkozy (2007-2012), verfolgte ebenfalls die Grundziele der arabischen Politik, wollte sie jedoch nicht mehr gegen, sondern gemeinsam mit den USA erreichen. 2009 kehrte Frankreich deshalb in die integrierte Kommandostruktur der NATO zurück, wie es bereits Chirac angestrebt hatte. Dies bedeutete jedoch keineswegs den Verzicht auf eine eigenständige Nah- und Mittelostpolitik.<sup>8</sup> So vereinbarte er die Errichtung eines Militärstützpunktes in Abu Dhabi am Persischen Golf und schloss mit dem Emirat umfangreiche wirtschaftliche und kulturelle Abkommen. Angesichts der geopolitischen und geostrategischen Gegebenheiten der Region war dieser Schritt nur im Einvernehmen mit den Vereinigten Staaten sinnvoll.

Er versuchte aber auch, der arabischen Politik durch die Gründung einer Mittelmeerunion einen festen institutionellen Rahmen zu geben. Deren vorrangiges politisches Ziel sollte die Beilegung des Nahostkonflikts bilden. Ferner sollte sie der Türkei eine Alternative zur EU-Mitgliedschaft bieten. Mitglieder der Union sollten nur die mediterranen Länder einschließlich des atlantischen Portugal werden. Damit war sie als Konkurrenz zur EU und ihrem Barcelona-Prozess konzipiert. Dies traf auf den heftigen Widerstand der ausgeschlossenen nördlichen EU-Länder, insbesondere Deutschlands. Daraufhin reduzierte Sarkozy seine Pläne. Die geplante Organisation sollte kein Konkurrenzunternehmen zur EU bilden, sondern dessen Strukturen ergänzen und bereichern. Dies drückte sich in ihrer neuen Bezeichnung „Union für das Mittelmeer“ aus. So wurde eine Zusammenarbeit mit allen EU-Ländern möglich. Am 13. Juli 2008 wurde die Union mit großem Pomp vom Europäischen Rat in Paris gegründet. An der Gründungsveranstaltung beteiligten sich 43 Staaten, darunter alle EU-Mitglieder, die Türkei, Israel und die arabischen Länder mit Ausnahme Libyens. Letzteres akzeptierte, wie bereits beim Euro-mediterranen Projekt der EU, lediglich einen Beobachterstatus. Die Union krankte von Anfang an an den zahlreichen Interessengegensätzen ihrer Mitglieder, insbesondere zwischen Israel und seinen arabischen Nachbarn. Die israelische Intervention im Gaza-Streifen vom Dezember 2009 (Gegossenes Blei) blockierte weitgehend den institutionellen Ausbau der Union. Die Protestbewegung in den arabischen Ländern (Arabischer Frühling) führte dann 2011 de facto zu ihrer Handlungsunfähigkeit. Sarkozys Traum von einer Führungsrolle im Mittelmeer und damit auch im Nahen Osten erfüllte sich nicht.

Ein besonderes Problem für die französische Mittelmeerpolitik war Libyen. Geopolitisch bildet es die Landbrücke zwischen dem Maghreb und dem Maschrek sowie das Tor zu Schwarzafrika. Deshalb hatte Frankreich bereits im 19. Jahrhundert im Zuge seiner Mittelmeerexpansion versucht, Tripolitanien zu besetzen, war aber am britischen Widerstand gescheitert. 1911 wurde Libyen italienische Kolonie,<sup>9</sup> nach dem II. Weltkrieg britisch-amerikanisches Ein-

flussgebiet. 1943 besetzten französische Kolonialtruppen die Region Fezzan im Süden des Landes, mussten sich aber unter britisch-amerikanischem Druck nach dem Krieg wieder zurückziehen.<sup>10</sup>

Nach seinem Staatsstreich übernahm 1969 Oberst Gaddafi die Macht. Französische Bemühungen, das Land in seinen Einflussbereich einzubeziehen, scheiterten an dessen panarabischen und panafrikanischen Ambitionen. Gaddafi wollte die arabischen und afrikanischen Staaten vereinen. In den ersten 25 Jahren seiner Herrschaft lancierte er 12 bilaterale und trilaterale Vereinigungsprojekte mit 8 Staaten. Keines davon war erfolgreich.<sup>11</sup> Im Jahr 1999 ergriff er die Initiative für die Gründung einer Afrikanischen Union (AU). Gaddafi hoffte, in ihr eine führende Rolle zu spielen, ergänzt werden sollte diese durch eine afrikanisch-arabische Währungsunion, die ihre Mitglieder unabhängig vom Dollar und Euro machen würde. Ihr Zahlungsmittel sollte der Gold-Dinar sein, der durch die Goldreserven der libyschen Zentralbank gedeckt wurde. Ferner strebte Gaddafi 2011 noch die Einrichtung eines Afrikanischen Währungsfonds (AWF) an, um die afrikanischen Staaten unabhängig vom IWF zu machen.

Alle drei Initiativen bedrohten den französischen Einfluss im frankophonen Afrika und in der arabischen Welt. Das galt vor allem für den Plan einer Währungsunion, denn im Falle seiner Verwirklichung würde dies das Ende des CFA-Franc bedeuten, durch den die frankophonen Staaten Schwarzafrikas finanzpolitisch an Frankreich gekoppelt sind. Gaddafi verletzte aber auch die französischen Interessen direkt durch seine politischen und militärischen Interventionen im tschadischen Bürgerkrieg.<sup>12</sup> Er wollte, wie bereits sein Vorgänger König Idris, einen Grenzstreifen im nördlichen Tschad annekieren und das Land in eine islamische Republik verwandeln, die ähnlich organisiert sein sollte wie der libysche Staat. Er hoffte, dadurch auf Kosten der Franzosen Einfluss in Zentralafrika zu gewinnen. Er scheiterte jedoch am Widerstand tschadischer Kräfte, die von Frankreich unterstützt wurden.<sup>13</sup>

Libyen war und ist jedoch für Frankreich nicht nur aus geopolitischen, sondern auch aus wirtschaftlichen Gründen wichtig. Es ist ein

ressourcenreiches Land, das vor allem über große Erdöl- und Gasvorkommen verfügt, die es zu einem wichtigen Energieexporteur machten.<sup>14</sup> Die französische Erdölgesellschaft Total war zwar vor dem Libyenkrieg an der Förderung und Vermarktung des libyschen Erdöls beteiligt, erreichte aber bei weitem nicht den Anteil der italienischen ENI.

Ende der 1990er-, Anfang der 2000er-Jahre veränderten sich die Rahmenbedingungen der französisch-libyschen Beziehungen. Das Verhältnis Libyens zum Westen entspannte sich, die UN-Sanktionen wurden aufgehoben, Gaddafi verzichtete auf den Besitz von ABC-Waffen. Eine Kooperation mit Libyen schien möglich. Chirac ergriff die Initiative und besuchte am 24. November 2004 Gaddafi in Tripolis. Er bot diesem einen „konstruktiven Dialog“ sowie eine „wahre Partnerschaft“ an. Er wolle die diplomatischen Beziehungen, die nach einem Flugzeugzwischenfall über dem Tschad abgebrochen worden waren, wieder aufnehmen, die wirtschaftliche Zusammenarbeit intensivieren und Libyen bei der zivilen Nutzung der Atomenergie helfen. Sarkozy setzte Chiracs Bemühungen fort und empfing Gaddafi zu einem Gegenbesuch in Paris. Er vereinbarte mit ihm nicht nur konventionelle Geschäfte im Bereich Rüstungsgüter und Erdöl, sondern auch den Transfer von Nukleartechnologie zum Aufbau einer libyschen Atomwirtschaft. Sie sollte zwar nur der zivilen Nutzung dienen, ein militärischer Missbrauch war bei dem unberechenbaren Gaddafi aber keineswegs auszuschließen.

### **STRATEGIEWANDEL NACH AUSBRUCH DES „ARABISCHEN FRÜHLINGS“**

Der Aufruhr in den arabischen Ländern gegen die autoritären Regime im Jahre 2011 veränderte grundlegend die französischen Beziehungen zur arabischen Welt. Bis dahin hatte Frankreich autoritäre Regime im Interesse von Sicherheit und Stabilität unterstützt. Nun aber wechselte Sarkozy die Strategie. Er schwang sich zum Vorkämpfer der Freiheit und Selbstbestimmung der arabischen Völker auf und machte die Förderung der Demokratie und den Schutz der Menschenrechte zum zentralen Ziel der französischen Politik.<sup>15</sup> Dies bedeutete programmatisch einen Bruch mit den autoritären

Eliten im arabischen Raum, de facto erfolgte dieser aber nur in einigen von ihnen. In Tunesien und Ägypten beschränkte sich Sarkozy auf politische Schützenhilfe, in Libyen griff er am 19. März gemeinsam mit Großbritannien und den USA auch militärisch ein. Die rechtliche Grundlage bildete ein UN-Mandat für die Errichtung einer Flugverbotszone im Lande zum Schutze der Zivilbevölkerung.<sup>16</sup> Frankreich und seine Verbündeten weiteten das UN-Mandat aber rasch auf den Sturz des Gaddafi-Regimes aus.

Die USA drängten jedoch darauf, die Koordinierung des alliierten Luftkrieges auf die NATO zu übertragen. Wochenlang sträubte sich Sarkozy dagegen, musste aber schließlich nachgeben. Ende März übernahm die NATO die Führung.<sup>17</sup> Die Hauptlast der Kriegsführung trugen die Amerikaner, denn nur sie konnten die libysche Flugabwehr und das stark ausgebaute Bunkersystem brechen. Sie hielten sich jedoch aus politischen Gründen im Hintergrund und überließen Sarkozy weiterhin die öffentliche Regie. Dieser nutzte sie reichlich für die eigene Selbstdarstellung. Der Erfolg der Intervention, der Sturz Gaddafis, wurde daher ihm zugeschrieben. Davon profitierte Frankreich nicht nur politisch sondern auch wirtschaftlich.

Der Libyenkonflikt hatte jedoch einmal mehr gezeigt, dass zwar Frankreich in einem regionalen Konflikt die Initiative ergreifen kann, deren Erfolg aber außerhalb von Schwarzafrika von den USA abhängt. So scheint sich ein neues Verhältnis zwischen Frankreich und den USA in der arabischen Welt herauszubilden. Angesichts ihres Macht- und Prestigeverlustes überlassen die USA den Europäern, d. h. Frankreich und Großbritannien, die Initiative und entscheiden dann selbst, ob sie dieser folgen oder nicht. Dies wurde während des gegenwärtigen Syrienkonfliktes erneut deutlich. Sarkozys Nachfolger, François Hollande, forderte 2012/13 wiederholt eine westliche Intervention in Syrien zugunsten der Regierungsgegner im Namen der Menschenrechte. Der amerikanische Präsident Obama schien ihm zunächst zu folgen, verzichtete aber dann im Herbst 2013 auf ein militärisches Eingreifen. Die Libyenintervention wiederholte sich nicht.

**FAZIT**

Die aus dem Großmachtanspruch, aber auch aus handfesten Interessen resultierende arabische Politik zeigt deutlich die Möglichkeiten, aber auch die Grenzen Frankreichs in der arabischen Welt. Während es in Nordafrika seinen Einfluss nach der Unabhängigkeit Tunesiens, Marokkos und Algeriens (1956-1962) auf neuer Grundlage wahren bzw. ausbauen konnte, gelang ihm dies im Nahen und Mittleren Osten nur in bescheidenem Maße. Hier stieß es nicht nur auf die widerstreitenden Interessen Israels und seiner arabischen Nachbarn, sondern auch auf die Interessen der USA und bis zum Ende des Ost-Westkonflikts auf die der Sowjetunion. Indem es sich zum Wortführer arabischer Interessen gegen beide mächte, vermochte es unter de Gaulle erheblich an Einfluss in den arabischen Ländern gewinnen, von denen es auch wirtschaftlich profitierte. Von den Bemühungen um eine Regelung des Nahost-Konfliktes war es jedoch ausgeschlossen. Dies gelang ihm auch nicht durch seine Beteiligung an der UN-Friedensmission im Libanon. Die Teilnahme an der Seite der Amerikaner am 1. Golfkrieg 1991 brachte ihm nur geringen Gewinn, da sein militärischer Beitrag zu gering war. Bei der Gestaltung der irakischen Nachkriegsordnung spielte es keine Rolle. Sein Versuch, europäische Ressourcen für seine arabische Politik zu mobilisieren (Barcelonaprozess) verlief ebenso im Sande wie das Projekt einer Mittelmeerunion unter französisch-ägyptischer Führung. Die unter Einbeziehung aller EU-Länder gegründete „Union für das Mittelmeer“ scheiterte schon nach kurzer Zeit an den widerstreitenden Interessen ihrer Mitglieder.

Hier zeigte sich deutlich die Diskrepanz zwischen hochgesteckten Zielen und begrenzter Gestaltungskraft. Mit der Errichtung eines Militärstützpunktes in Abu Dhabi am Persischen Golf macht Frankreich jedoch deutlich, dass es seine Ambitionen in der arabischen Welt keineswegs aufgegeben hat. Allerdings verfolgt es diese seit Sarkozy nun an der Seite der USA. Dadurch war es im Libyenkonflikt erfolgreich. Dessen Verlauf machte aber erneut die Grenzen seiner militärischen Handlungsmöglichkeiten deutlich. Trotz der Streitkräftereform Chiracs verfügt es weder über die militärischen Kapä-

zitäten noch über die operativen Mittel für eigenständige Militäroperationen in der arabischen Welt. Sein wichtigstes Statussymbol, seine Atomwaffen, sind in regionalen Konflikten stumpf. Dank seiner arabischen Politik übt es im arabischen Raum jedoch beträchtlichen politischen und kulturellen Einfluss aus. Sein Voluntarismus hat sich somit ausgezahlt. Sein ursprüngliches Ziel, als eigenständiger Machtfaktor seinen Großmachtanspruch durchzusetzen, hat es jedoch nicht erreicht.

**PROF. DR. ROLAND HÖHNE**

emeritierter Professor für Landeswissenschaft  
Romanistik, Fachgebiet Geschichte / Politik,  
Universität Kassel

**ANMERKUNGEN**

- <sup>1</sup> „Frankreich kann nicht Frankreich sein ohne Größe“, zitiert nach De Gaulle, Charles: Mémoires de guerre. L' appel 1940-1942, Paris 1954, S. 7.
- <sup>2</sup> Vgl. Cerny, Philip P.: The Politics of Grandeur. Ideological Aspects of de Gaulle's Foreign Policy, Cambridge 1980.
- <sup>3</sup> Le Monde, 18.5.2013
- <sup>4</sup> Vgl. Vaïsse, Maurice: La puissance ou l'influence? La France dans le monde depuis 1958, Paris 2009.
- <sup>5</sup> Vgl. seine Pressekonferenz vom 27.11.1967.
- <sup>6</sup> Unter amerikanischer Führung beteiligten sich am Irakkrieg 750.000 Soldaten aus 3 Ländern. Die USA stellten 500.000, die Briten 40.000, die Franzosen aber nur 12.000 Mann. Das französische Kontingent war auf die logistische und informationelle Unterstützung der Amerikaner angewiesen. Da die französischen Kampfflugzeuge über kein Nachtradar verfügten, wären sie ohne amerikanische Unterstützung nachts nicht einsatzfähig gewesen.
- <sup>7</sup> Vgl. Irondele, Bastien: La réforme des armées en France, Paris 2011.
- <sup>8</sup> Vgl. Kempin, Ronja: Ziele und Instrumente der Außen- und Sicherheitspolitik. Preisgabe des gaullistischen Erbes?, in: Länderbericht Frankreich, hrsg. von Adolf Kimmel und Henrik Uterwedde, Bonn, 3. Aufl., 2012, S. 318-335. Allgemein zur französischen Haltung gegenüber der NATO: [http://fr.wikipedia.org/wiki/R%C3%A9int%C3%A9gration-de\\_la\\_France\\_dans\\_le\\_c](http://fr.wikipedia.org/wiki/R%C3%A9int%C3%A9gration-de_la_France_dans_le_c), Stand: 22.1.2014.
- <sup>9</sup> In den französisch-italienischen Auseinandersetzungen um Tunesien schlug Frankreich 1884 und 1888 Italien vor, sich Tripolitaniens zu bemächtigen, das damals noch zum Osmanischen Reich gehörte. Im türkisch-italienischen Krieg gelang es dann Italien 1911, Tripolitaniens und die Cyrenaika zu annektieren, die es 1934 zur Kolonie Libyen vereinte.
- <sup>10</sup> De Gaulle wollte Fessan an Algerien angliedern. 1947 wurde die Region UN-Treuhandmandat, 1951 Teil des Königreichs Libyen.
- <sup>11</sup> [http://de.wikipedia.org/wiki/Libysch-Arabisch-Afrikanische\\_Vereinigungsprojekte](http://de.wikipedia.org/wiki/Libysch-Arabisch-Afrikanische_Vereinigungsprojekte), Stand: 22.1.2014.
- <sup>12</sup> 1978/79, 1980/81, 1983-87.
- <sup>13</sup> Frankreich intervenierte dreimal in den tschadischen Bürgerkrieg und unterstützte die antilibyschen Kräfte. Vgl. Libysch-Tschadischer Grenzkrieg, [http://de.wikipedia.org/wiki/Libysch-Tschadischer\\_Grenzkrieg](http://de.wikipedia.org/wiki/Libysch-Tschadischer_Grenzkrieg), Stand: 22.1.2014.
- <sup>14</sup> Vor dem Bürgerkrieg 2011 förderte es 1,6 Millionen Barrel am Tag. 2010 exportierte es 55,9 Millionen Tonnen Erdöl. Seine Erdölreserven werden auf 44 Milliarden Barrel geschätzt. Es sind die größten in Afrika. Vermutlich sind sie noch wesentlich größer, da längst nicht die gesamte Fläche des Landes und das Offshoregebiet exploriert sind. Die Förderung und Vermarktung erfolgt zwar durch auslän-

dische Unternehmen, die Kontrolle über sie liegt jedoch in libyscher Hand. [http://de.wikipedia.org/wiki/Erd%C3%B6l/Tabellen\\_und\\_Grafiken](http://de.wikipedia.org/wiki/Erd%C3%B6l/Tabellen_und_Grafiken), Stand: 18.1.2014.

- <sup>15</sup> Sarkozy, Nicolas: „Les peuples arabes attendent une politique gaulliste“, in: Le Monde, 29.2.2011, ebenso im Interview „Wenn ein Volk seine Freiheit einfordert, steht Frankreich künftig an seiner Seite. Stabilität ist ein Ziel, das man mit Hilfe von Demokratie und Achtung der Menschenrechte erreichen kann; sie ist nicht mehr ein Zustand, den es zum Preis von so viel Ungerechtigkeit aufrecht zu erhalten gilt“, in: L'Express, 4.5.2011.
- <sup>16</sup> UN-Resolution 1973.
- <sup>17</sup> Es beteiligten sich jedoch nicht alle NATO-Staaten, u. a. Deutschland, an der Intervention.